



Aktenzeichen: Pet 1-21-12-9211-002299

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 27.11.2025 abschließend beraten und beschlossen:

Die Petition abzuschließen,
- weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.

Begründung

Mit der Petition wird gefordert, dass die Einnahme ärztlich verordneter ADHS-Medikamente nicht mehr automatisch zur Anordnung einer medizinisch-psychologischen Untersuchung oder Zweifeln an der Fahreignung führt. § 46 Fahrerlaubnis-Verordnung soll klarstellen, dass eine Medikation bei ADHS keine Fahreignungszweifel begründet, solange keine Ausfallerscheinungen oder Hinweise auf Missbrauch vorliegen.

Die Eingabe wurde als öffentliche Petition auf der Internetseite des Petitionsausschusses eingestellt. Sie wurde durch 996 Mitzeichnungen unterstützt. Außerdem gingen 31 Diskussionsbeiträge ein.

Zur Begründung des Anliegens wird im Wesentlichen ausgeführt, dass es immer häufiger vorkommen würde, dass Personen, die Medikamente aufgrund einer ADHS-Diagnose einnehmen würden, im Rahmen einer Verkehrskontrolle in eine rechtliche Grauzone geraten würden. Ergebnisse einer Blutentnahme würden an zuständige Behörden übermittelt, sodass es oftmals zu Anordnungen einer medizinisch-psychologischen Untersuchung (MPU) komme. Dieser Umstand sei für betroffene Menschen diskriminierend. Insbesondere seien diese Personen hohen Kosten zur Beibringung eines solchen Gutachtens ausgesetzt, obwohl keine Zweifel an der Fahreignung konkret vorliegen würden. Aus diesen Gründen sei es notwendig, einschlägige Rechtsgrundlagen anzupassen, indem entsprechende Medikamente nicht automatisch Fahreignungszweifel auslösen würden.



Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten zu dem Vorbringen wird auf die eingereichten Unterlagen verwiesen.

Der Petitionsausschuss hat der Bundesregierung Gelegenheit gegeben, ihre Haltung zu der Eingabe darzulegen. Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung lässt sich unter Einbeziehung der seitens der Bundesregierung angeführten Aspekte wie folgt zusammenfassen:

Einleitend merkt der Petitionsausschuss an, dass eine automatische behördliche Anordnung der Beibringung eines ärztlichen oder medizinisch-psychologischen Gutachtens aufgrund des Vorliegens von ADHS und der dadurch begründeten Medikation mit Dexamfetamin oder Methylphenidat die Fahrerlaubnis-Verordnung (FeV) nicht vorsieht.

Nach §§ 11 bis 14 FeV, gegebenenfalls in Verbindung mit § 46 Abs. 3 FeV ist Voraussetzung für die Anordnung eines ärztlichen bzw. medizinisch-psychologischen Gutachtens, dass Tatsachen bekannt werden, die Bedenken begründen, dass der Inhaber einer Fahrerlaubnis zum Führen eines Kraftfahrzeugs ungeeignet oder bedingt geeignet ist. Ob solche Tatsachen vorliegen, haben die zuständigen Fahrerlaubnisbehörden der Länder stets im konkreten Einzelfall zu prüfen. Bedenken gegen die körperliche oder geistige Eignung bestehen insbesondere dann, wenn Tatsachen bekannt werden, die auf eine Erkrankung oder einen Mangel nach Anlage 4 oder 5 FeV hinweisen, wobei die in Anlage 4 FeV vorhandene Aufzählung häufiger vorkommender Erkrankungen und Mängel nicht abschließend ist.

Maßgeblich für die Frage der Kraftfahreignung ist die Ausprägung einer Erkrankung im Einzelfall. Die Dauerbehandlung mit Arzneimitteln führt nach Anlage 4 Nr. 9.6 FeV nur dann zum Wegfall der Kraftfahreignung, wenn eine „Vergiftung“ oder eine „Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit zum Führen von Kraftfahrzeugen unter das erforderliche Maß“ vorliegen. Für die Anordnung der Beibringung eines entsprechenden ärztlichen bzw. medizinisch-psychologischen Gutachtens müssen entsprechende Anhaltspunkte hierfür vorliegen. Die Beibringung eines medizinisch-psychologischen Gutachtens kann nach § 14 Absatz 1 Nr. 3 FeV zudem angeordnet werden, wenn Anzeichen für die missbräuchliche Einnahme von Arzneimitteln bestehen, also dass



Arzneimittel übermäßig bzw. nicht entsprechend der ärztlichen Verordnung eingenommen werden.

Der Petitionsausschuss hat die geltende Rechtslage geprüft und hält sie für sachgerecht. Insbesondere betont der Petitionsausschuss, dass nach der jetzigen Rechtslage keine automatischen Folgen eintreten, wenn eine bestimmte Medikation eingenommen wird. Vielmehr kommt es auf die konkreten Umstände des Einzelfalles an. Daher empfiehlt der Petitionsausschuss im Ergebnis, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.